

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Anzeigenstellen 2 Mk. Im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf. Zusätzl. Abgabe 10 Pf. Alle Anzeigen werden nach Möglichkeit in der ersten Ausgabe veröffentlicht. Für die Dauer der Abgabe der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2-spaltige Reklamazeile im regelmäßigen Teile 100 Goldpfennig, Wechselungspreis 20 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostock.

Nr. 53 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 3. März 1926

Vor der Entscheidung in Genf.

Der Streit um die Völkervereinigung beginnt allmählich zu einer Komödie auszuarten, bei der wir das angenehme Gefühl haben, als gänzlich unbeteiligte Zuschauer dabei sein zu können, weil wir einfach abwarten werden, wie das Ende sein wird. Den Hauptspielern in Paris und London ist natürlich unser klarer Standpunkt unbekannt. Deutschland wurde wiederholt über die Rückwirkungen von Locarno enttäuscht, daß man jetzt entschlossen zu sein scheint, nicht weiter mitzugeben, falls man die damals gemachten Zusagen wieder nicht hält und zwar weder dem Geiste noch dem Wortlaut nach. Man soll auch nicht erst versuchen, aus uns „grundtätige Zustimmung“ herauszuloden, um dann die Ausführung, also die Übertragung von Ratifizieren an andere Mächte, im September vorzunehmen zu wollen. Wir wollen das Spiel von Locarno, wo Polen und Tschechien schließlich doch in den Saal hineingeschmuggelt wurden, nicht wiederholen lassen. Chamberlain hat ja ein solches Kompromiß bereits in Arbeit. Doch das ist schließlich nicht die Hauptsache; wichtiger ist nämlich ob Briand es wirklich fertigbekommen wird, für Polen einen ständigen Sitz im Völkerbund gleichzeitig mit Deutschlands Aufnahme zu beantragen. Das schon heißt die Vereinbarungen von Locarno über der Haufen rennen; dann bedarf es nicht sehr noch einer Kompromißähnlichen, also verhältnißmäßigen Zustimmung des englischen Außenministers. Nicht umsonst wird der deutsche Reichskanzler nach Genf gehen.

Nach den Eröffnungen, die die Debatte über all diese Völkervereinigungen im englischen Unterhaus gebracht hat, ist uns auch das Schicksal Chamberlains gleichgültig geworden. Man kann es dem französischen Ministerpräsidenten Briand nicht weiter überlassen, wenn er Polen und Spanien gleichzeitig mit Deutschland in den Völkerbund hineinbringen will, ohne dabei Rücksicht zu nehmen auf das, was man in Locarno versprochen. Daß aber auch der englische Außenminister sich diesen französischen Plänen beuge, war eine derartige Enttäuschung für uns, daß wir unsere bisherige politische Stellungnahme ihm gegenüber einer Revision unterziehen müssen. Dabei hat es noch die große Ungeschicklichkeit begangen, diese Pläne trotz der Ausschließlichkeit ihrer Verwirklichung zu unterstützen, hat sich damit in einen schroffen Gegensatz zu der typischen englischen Politik einer vorsichtigen Zurückhaltung gestellt. Und erleichtert hat er die Situation auch nicht gerade dadurch, daß er es nicht verhindert hat — was er verhindern konnte. In welcher Weise die Tagesordnung für die Montagssitzung in Genf aufgestellt wurde: Deutschland wird erst in den Völkerbund aufgenommen werden, nachdem zuvor eine der wichtigsten deutschen Lebensfragen, nämlich die Verhältnisse im Saargebiet, behandelt wurden. Auf diese schwere strategische Angelegenheit wurde auch im Englischen Unterhaus hingewiesen; sie ist geradezu als eine Hintergehung Deutschlands bezeichnet worden. Chamberlain hat nur die Absicht geäußert und hat verlangt, daß seine Regierung sich hinsichtlich der bevorstehenden Verhandlungen in Genf vorher irgendwie festlegen solle.

Mit dieser Mahnung wird er Deutschland gegenüber kein Blick haben, hier besteht von den Deutschen bis zur Sozialdemokratie eine völlig einheitliche Meinung. Hier besteht ein klarer, oft zum Ausdruck gekommener Entschluß der Regierung, an dem nicht zu drehen und zu drehen ist, ein Entschluß, der die Zustimmung nicht bloß der neutralen Länder hat, sondern auch Belgien und sogar weiter Kreise in England. Bedeutend ist es, daß der englische Ministerpräsident endgültige Beschlüsse über ein Kompromiß oder dergleichen erst nach der angekündigten Rede des deutschen Reichskanzlers fassen wird. Weiß man doch, daß man im eigenen Lande mit dieser nur noch als hinterhältig zu bezeichnenden Politik auf höchstem Widerstand gestoßen ist.

An die deutsche Regierung braucht man nicht die Mahnung zu richten: „Luther, werde hart!“ Ohne daß man unrecht hätte damit, gleichzeitig auch das Wort zu jüttern, das einst der alte Landeshauptmann Georg von Frundsberg auf dem Reichstag zu Worms einem anderen Luther zurief: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang.“

Chamberlains Absichten.

Briand wird in Genf jedenfalls zunächst die sofortige und gleichzeitige Kandidatur Polens für einen Ratifizieren annehmen. Chamberlain wird, wie es in London heißt, den Vermittler spielen wollen. Er wird fordern, daß keine Partei einen von vornherein unverrückbaren Standpunkt einnehmen dürfe, sondern daß die Frage „im echten Geiste von Locarno“ verständig erörtert und durch gegenseitige Zugeständnisse beigelegt werde. Das Kompromiß, auf das er abzielt, läuft wohl darauf hinaus, daß die Deutschen erklären sollen, nicht grundsätzlich gegen eine Vermehrung der Ratifizieren zu sein und auch nicht grundsätzlich bestimmte Kandidaturen abzulehnen; wofür dann die tatsächliche Entscheidung über die Ratifizieren bis zum September verschoben werden soll.

Der deutsche Standpunkt in der Frage der Ratifizieren.

Dr. Luthers Hamburger Rede.

Im Hamburger Rathaus fand am Dienstag Abend der Empfang des Reichskanzlers durch den Hamburger Senat statt, an dem zahlreiche führende Persönlichkeiten teilnahmen. Bürgermeister Peter sen begrüßte hierbei den Reichskanzler im Namen der Stadt und betonte in seiner Rede, daß auf Hamburgs Boden nie Reichsverdroffenheit gedeihen werde.

Reichskanzler Dr. Luther

danke für die freundliche Begrüßung und betonte, daß mitten durch alle innenpolitischen Schwierigkeiten hindurch unsere außenpolitische Linie klar und geradlinig geblieben ist und bleibt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es nicht angeht, Außenpolitik zu treiben ohne Festhalten einer bestimmten Linie. Augenblickserfolge lassen sich vielleicht auch durch plötzliches Umschwenken erzielen. In schweren Tagen ist wohl oft nicht mehr geleistet worden, als daß das Gefährdete des Staates vor dem Sturz in den Abgrund bewahrt wurde.

Für die praktische Arbeit kann es nur die eine Lösung geben: Verantwortlich und zielbewußt alles daran setzen, um die vorhandenen weltpolitischen Kräfte so zu nutzen, daß aus ihnen der mögliche Vorteil für das Vaterland entsteht!

Nachdem die Wege der Aufrückbruchs sich als ungangbar erwiesen hatten, konnten auch außerhalb Deutschlands die Mächte die Oberhand gewinnen, die danach strebten, mit friedlichen Mitteln das durch den Krieg zerstörte Europa wieder aufzurichten.

Die deutsche Politik ist seit Abschluß des Weltkrieges aus den Voraussetzungen der Lage Deutschlands heraus diesen Weg gegangen. Aber nunmehr konnte Deutschland mit erhöhtem Nachdruck um die Erreichung einer Lösung ringen, die den wirklichen Frieden bedeutet. Ein solcher wirklicher Frieden ist nur möglich, wenn Deutschland seiner Größe und seiner inneren Bedeutung entsprechend wieder als Großmacht in den Kreis der Völker eintritt.

Wir wissen alle, daß wir von der Erreichung des endgültigen Friedens noch sehr weit entfernt sind. Um aber überhaupt voranzukommen, müssen wir den Irrtum überwinden, als könnten wir den Weg zur Höhe wie durch ein Wunder mit einem Sprung zurücklegen. Daß die gesamte Richtung der politischen Arbeit seit dem Ende des Aufrückkampfes der Anlegung solcher Maßstabs nicht falsch war, ergibt sich aus dem tatsächlichen Ablauf der Dinge. Der Reichskanzler erwähnt hierbei die einzelnen Phasen der Liquidierung des Aufrückkampfes und des Inkrafttretens des Versailler Vertrages. Dazu kommen, so meinte der Kanzler, die bereits durchgeführten Änderungen im Befehlungsregime der zweiten und dritten Zone, die allerdings noch wichtiger Ergänzungen bedürfen. Diese Ergebnisse sind auf der geraden Linie der bisherigen Politik erwachsen. Dr. Luther leitete dann zum Abschluß von Locarno über, den der Reichstag mit großer Mehrheit gutgeheißen hat. Auch Locarno ist nur ein Schritt auf dem Wege der allgemeinen Politik eines wirklichen Friedens. Daß deutsche Kraft wird sich, wie ich bestimmt annehme, immer mehr in das Bewußtsein hineindenken, daß es in Deutschlands nun einmal gegebener Lage aus politischen und aus wirtschaftlichen Gründen gar keinen anderen Weg, als die aufrechte Verfolgung der Verbandspolitik gibt.

Bei allen Erörterungen über den

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

war es für uns ganz selbstverständlich, daß vor unserem Eintritt irgendwelche bedeutungsvollen Änderungen innerhalb des Völkerbundes nicht mehr vorgenommen werden könnten. Auch als die Vertragspartner die Verbindung zwischen Sicherheitspakt und unserem Eintritt in den Völkerbund anregten, ist keinerlei Anregung erfolgt, aus der etwas anderes entnommen werden konnte. Ebenso selbstverständlich war von vornherein, daß der Eintritt Deutschlands nur dann erfolgen kann, wenn wir einen ständigen Sitz im Völkerbund erhalten. Dies ist von allen beteiligten Regierungen auch anerkannt worden. Alle Erwägungen in Deutschland über die Bedeutung unseres Eintritts in den Völkerbund sind demnach von der Tatsache der jetzigen Organisation, besonders der jetzigen Zusammensetzung des Rates mit der einzigen Ergänzung ausgegangen, daß Deutschland einen ständigen Ratifizieren sofort bei seinem Eintritt bekommen sollte.

Nach will aber sofort als Deutschlands Anschauung feststellen, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes dem großen Gedanken der Völkerbundgemeinschaft dienlich sein will und wird.

Mit diesem Stand der Dinge ist es unvereinbar, wenn die Einräumung des ständigen Ratifizieren an Deutschland mit einer weiteren Änderung in der Zusammensetzung des Rates verbunden würde. Wer auf Grund bestimmter Absichten seine Aufnahme in eine Organisation beantragt, darf erwarten, diese Organisation bei seinem Eintritt in unveränderter Gestalt vorzufinden. Es ist unbedingt gesagt worden, daß die Erweiterung des Rates ein langst in Aussicht genommener Plan sei, zu dessen Verwirklichung der deutsche Antrag jetzt die passende Gelegenheit biete. Wäre dem so, dann wäre doch wohl das Gegebene gewesen, die deutsche Regierung bei den Verhandlungen des letzten Jahres hieron zu verständigen. Wir sind auch nicht bekannt, daß die jetzt erörterten Veränderungen jemals auf der Tagesordnung der Bundesversammlung oder des Rates gestanden hätten. Wir haben von derartigen Absichten erst Kenntnis erhalten durch die Presseerörterungen, die unmittelbar nach Abschluß unseres Völkervereinigungsantrages einsetzten. Jede Meinungsäußerung über etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Rates oder in der Organisation des Völkerbundes würde Deutschland in eine

völlig unmögliche Lage

bringen. Erst wenn Deutschland Mitglied des Rates ist und durch praktische Erfahrungen Einblick in die Einzelheiten des Völkervereinigungsorganismus gewonnen hat, kann es in begründeter Weise zu etwaigen Anträgen auf eine anderweitige Zusammensetzung oder Organisation des Rates Stellung nehmen. Es ist mir bei diesem Sachverhalt unfaßbar, daß man es durch Ablehnung dieses unserer Standpunktes in der Frage der Ratifizieren dahin kommen lassen könnte, daß die großen Ergebnisse der Politik des letzten Jahres zerfällt und die Absichten, die die Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund eröffnet, noch im letzten Augenblick vernichtet werden.

Für seine besonderen Interessen erwartet Deutschland in gleicher Weise Berücksichtigung und Verständnis, wie es für sich den Interessen der anderen Völker entgegenbringt. Wir hoffen mit Bestimmtheit, daß die Wirkungsmöglichkeit des Völkerbundes durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund erweitert und gestärkt wird.

Laßt uns unerschütterlich an Deutschland glauben, aber laßt uns auch mit festem Willen darauf vertrauen, daß positive und hingebungsvolle Arbeit im Völkerbund die Welt weiter voranzuführen wird. In einer Gestaltung, in der zum Segen der ganzen Menschheit die besten Kräfte des deutschen Volkes und der deutschen Kultur sich in voller Freiheit wieder entfalten können.

Reichspräsident von Hindenburg in Leipzig.

Hindenburg auf der Leipziger Messe

Reichspräsident von Hindenburg traf, begleitet vom Reichsminister Dr. Marx, dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, dem sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Gradnauer, sowie sonstigem Gefolge Dienstag morgen 9,45 Uhr in Leipzig zum Besuch der Messe und des Reichsgerichts ein. Am Bahnhof wurde der Reichspräsident von dem sächsischen Ministerpräsidenten Heide, dem sächsischen Justizminister Dr. Binger sowie dem Oberbürgermeister Dr. Nothe begrüßt und willkommen geheißen. Ferner waren auf dem Bahnhof erschienen Reichsgerichtspräsident Dr. Simon, Oberreichsanwalt Dr. Ebermaier, die Chefs der Reichs- und Landesbehörden, im Namen der Garnison Oberst Kranz. Der Reichspräsident schritt, während ihn die große Zuschauermenge mit Hochrufen begrüßte, die Front der auf dem Bahnhofsvorplatz stehenden Ehrenkompagnie ab und nahm den Vorbeimarsch entgegen. Sodann fuhr der Reichspräsident mit seiner Begleitung zum Gelände der Technischen Messe. Aber der Stadt freiste dabei ein Flugzeuggeschwader. Im Vorraum der großen Maschinenhalle wies sich die Begrüßungskommission ab.

Ministerpräsident Dr. Heide begrüßte den Reichspräsidenten in der sächsischen Handelsmetropole mit herzlichen Worten und sprach die Hoffnungen aus, daß der

Reichspräsident die Überzeugung mitnehmen werde für das in der Messe sich dokumentierende ernste Bestreben der deutschen Wirtschaft auf Wiedererlangung ihrer Weltgeltung. Der Leiter der Messe, Dr. Köhler, hielt einen erläuternden Vortrag über Aufbau, Organisation und Bedeutung der Messe.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

bankte im Namen des Reichspräsidenten für den festlichen Empfang und führte aus, man dürfe die leisen Anzeichen einer Besserung nicht übersehen, die sich in dem Zustand der Arbeitslosigkeit und in der wachsenden Auftragserteilung in manchen Industrien geltend machte. Hoffentlich werde man von der diesjährigen Leipziger Messe sagen können: sie war die Messe des wiedererwarteten Vertrauens. Dr. Curtius erinnerte an das Finanz- und Wirtschaftsprogramm, mit dem die Regierung vor das Reich getreten sei, und er hofft bei der Durchführung dieses Programms auf die tätige Mitwirkung aller Wirtschaftskreise. Ebenso wie die Messe sowohl deutsch wie international sei, so sei es auch für die Regierung notwendig, deutsch zu sein und europäisch zu wirken.

Rundgang durch die Messe.

In Begleitung des Direktors des Messeamtes, Dr. Köhler, begab sich der Reichspräsident auf den Balkon des Saales 9, um von dort aus den Überblick über die große